I. Original-Artikel.

(Nachdruck verboten.)

Kriegsmaßnahmen der badischen Forstverwaltung.

Von Oberforstirat Gretsch, Karlsruhe i. B.

Nach 17 monatiger Kriegsdauer dürfte der Jahreschluß 1915 ein geeigneter Zeitpunkt sein, um einen Rückblick auf all die vielen Vorgänge und Maßnahmen zu werfen, die sich aus der Kriegslage für unsere forstlichen Betriebe und die Waldbesitzer ergeben haben.

Mit Eintritt der Mobilmachung wurden sämtliche nicht ohne weiteres gestellungspflichtigen Forstbeamten einschließlich der nicht ausgebildeten Landsturmpflichtigen, außerdem sämtliche über 45 Jahre alten, militärisch ausgebildeten Beamten, die sich freiwillig melden wollten, von der Forstdirektion für abkömmlich erklärt. Schon nach kurzer Zeit standen 50 % der höheren Beamten unter den Waffen, von denen leider schon in den ersten Monaten des Bewegungskrieges 11 Beamte — 3 Oberförster, 2 Forstamtmänner, 3 Assessoren und 3 Praktikanten, darunter 8 Offiziere der Reserve und Landwehr — auf dem Felde der Ehre fielen. Infolge dieser Personalverminderung wurden die Forsteinrichtungsarbeiten, die auf Grund der im Frühjahr 1912 erlassenen neuen Dienst-anweisung für Forsteinrichtung eben erst für zwei Jahrgänge zur Durchführung gelangt waren, völlig eingestellt. Der weiter für die Verwaltung der Forstämter erforderliche Personalausgleich wurde dergestalt getroffen, daß mit einer Ausnahme jedes Forstamt nur noch mit einem Beamten besetzt, eine Anzahl Beamte sogar mit der Verwaltung von zwei Forstämtern beauftragt wurde.

Wegen der in das wirtschaftliche Leben tief eingreifenden Folgen des Kriegszustandes galt auch für die Forstverwaltung die erste Sorge nicht sowohl dem forstlichen Betriebe selbst als vielmehr der wirtschaftlichen Mobilmachung des Landes zur Aufrechterhaltung des gesamten Wirtschaftslebens im allgemeinen und der Volksernährung im

besonderen. Etwa beschäftigungslos werdende Industriearbeiter sollten auch der Arbeit im Walde zugeführt werden. Bald zeigte es sich aber, daß für Befürchtungen in dieser Hinsicht wenig Anlaß gegeben war, indem bekanntlich die verschiedensten Industriezweige Arbeitsaufträge für militärische Zwecke erhielten, die diese in zuvor nicht geahnter Anpassungsfähigkeit übernahmen und ausführten und indem weiterhin in den rasch besetzten Gebieten von Belgien und Nordfrankreich auch zahlreiche Arbeiter aus Baden Beschäftigung fanden. Eine nennenswerte Ausnahme ergab sich nur für das Gebiet der Pforzheimer Goldindustrie, wo für etwa 400 Goldarbeiter auf die Dauer eines halben Jahres Gelegenheit zu besonderen Notstandsarbeiten im Walde geschaffen werden mußte — Wegarbeiten und Holzhauerei in Domänen- und Gemeindewaldungen —. Daneben wurde eine kleinere Anzahl in der Textil- und Uhrenindustrie des Oberlandes vorübergehend beschäftigungslos gewordener Arbeiter im Rahmen des laufenden Betriebs bei Walдарbeiten eingestellt.

Biel einschneidender in den forstlichen Betrieb war neben den Einberufungen der Entzug von Arbeitern durch weitgehende Rücksichtnahme auf die Einbringung der Ernte und die Bestellung der Felder im Spätjahr des ersten Kriegsjahres und im folgenden Frühjahr. Um dies zu ermöglichen, mußten die Walдарbeiten zeitweise ausgelegt oder auch ganz zurückgestellt werden und zwar mit der Wirkung, daß in jedem Falle die Vergung der Ernte und die rechtzeitige Feldbestellung der Vornahme von Walдарbeiten voranging. Im Frühjahr 1915 wurde im besonderen noch angeordnet, daß nötigenfalls eine Beschränkung der Waldkulturen, in erster Linie jener im Freien, in zweiter Linie der Saat- und Pflanzschulgeschäfte sowie eine Verschiebung einzelner im Rückstand gebliebener Winterhiebe einzutreten habe, soweit dies ohne größere Nachteile für die Waldbesitzer für angängig erachtet wurde. Auch die Zurückstellung geplanter Wegneubauten wurde zur Erwägung gestellt, deren Vollzug in der Folge dann auch teils wegen Arbeitermangels, teils wegen der für die Aufstellung der Vorarbeiten fehlenden Zeit meist unterblieb. Die Forstamtsvorstände und Dienstverweiser sollten dabei in steter Fühlung mit dem die landwirtschaftliche Arbeiterfürsorge wahrnehmenden Organen handeln und nichts versäumen, was einen angemessenen Ausgleich in der Verwertung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte dienlich sein konnte.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß durch die zwar zahlreichen ersten Einberufungen zum Heere und die eben geschilderte Rücksichtnahme auf die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse der forstliche Betrieb bis zum Schluß des Jahres 1914 noch keine empfindliche Beeinträchtigung erlitt,

eine ſolche vielmehr erſt mit dem zweiten Halbjahre des Krieges ſchärfer einſetzte, worauf ſpäter bei der Beſprechung des Kapitels der Holznutzung noch näher eingegangen wird.

In Verfolgung des oben bereits angedeuteten Gedankens der Fürſorge für eine zureichende Ernährung von Menſchen und Tieren wurde bereits im Spätjahr 1914 der Frage der Abgabe von Forſtnebennutzungen aller Art die gebührende Aufmerkſamkeit gewidmet. Man nahm den Standpunkt ein, daß inſolge des Ausfalls von Heu und Stroh, der durch die großen Militärlieferungen entſtand, wie auch zum Ausgleich für den Wegfall der in Friedenszeiten in reichlicher Menge vom Auslande bezogenen Kraftfuttermittel durch entſprechende Abgabe von Waldſtreu und Waldgras den landwiſchaftlichen Betrieben Erſatz geſchaffen werden müſſe, da der Waldbefitz mit ſeinen Vorräten an dieſen Stoffen zur Hilſeleiſtung und zu beſonderem Entgegenkommen gegen die Landwirtschaft verpflichtet! Es ſollte jezt die Rückſicht auf die Erhaltung der Waldbodenkraft und einer guten Bodenverfaſſung gegenüber jener auf Erhaltung des für die Volksernährung nötigen Viehſtandes hintangestellt werden.

Dieſen Worten folgten aber auch die entſprechenden Taten, wie nachſtehenden Ziffern entnommen werden wollen: Vom 1. Oktober 1914 bis dahin 1915 wurde gegenüber dem Durchſchnitt der 3 Jahre 1911—13 — darunter das Trockenjahr 1911 — an Rechſtreu in zwei Drittel der Domänenforſtbezirke ein Mehr von 40% und an Unkrautſtreu ein ſolches von 8% genützt, während dieſes Mehr in den Waldungen der Gemeinden und Körperſchaften für 666 Eigentümer ſich bei erſterer Nutzung auf 27%, bei letzterer ſogar auf 84% beläuft. Die Gewinnung von Dürre- und Futtergras überſteigt in Domänenwaldungen den genannten Durchſchnitt um 137%, und in den übrigen beförſteten Waldungen um 37%. Von der Geſtattung, Futterlaub und Laubheu zu nutzen, wurde nur in 2 Domänenbezirken und 3 Bezirken mit Gemeindeforſtungen ein kaum nennenswerter Gebrauch gemacht, da der Futterbedarf durch die erwähnte Grasnutzung leichter und beſſer gedeckt werden konnte. Teilweiſe aus dem gleichen Grunde wurde auch die Waldweide nur in mäßigem Umfange ausgeübt. Aber auch die gleichfalls freigegebene Schweinweide beſchränkte ſich auf den meiſt zuvor ſchon ausgeübten Austrieb von Zuchtſchweinen. Die Landwirte machten für ihre ablehnende Haltung namentlich die Vorzüge der Stallfütterung geltend, bei der mehr Dünger anfällt und ohnedies raſcher ſchlachtfreie Schweine gezüchtet werden können. Nebenbei wurde auch darauf hingewieſen, daß unſere jeztigen Schweinerraffen für die Nutzung der Erdmaſt nicht mehr recht ge-

eignet seien, daß aber auch der Mangel an Hirten in Betracht gekommen sei. Als ganz besonderer Umstand kam aber noch hinzu, daß durch die sehr reichliche Eichelmast des Jahres 1914 den Landwirten Gelegenheit geboten war, die Stallfütterung der Schweine ausgiebig zu ergänzen.

Dies führt uns erstmals auf eine waldbaulich erfreuliche Spur, wenngleich auch hierbei zunächst wieder das Moment der Nutzung und Hingabe in den Vordergrund tritt. Erfreulich ist aber jedenfalls die Feststellung, daß das erste Jahr des Weltkrieges einen, auch den meisten Forstleuten überraschend gekommenen Eichelerwachs gebracht hat, wie dies nach Ergiebigkeit und örtlicher Ausdehnung seit Menschengedenken nicht mehr der Fall war. Zum Beweise der überaus reichlichen Samenbildung mag erwähnt werden, daß mehrfach Einzelbäume des geschlossenen Bestandes im Oktober 1914 so massenhaft mit Eicheln behangen waren, daß diese unter der Last ihrer Früchte vom Sturm geworfen wurden, während benachbarte weniger wurzelfeste Fichten, Tannen und Buchen stehen blieben. Wenn nun auch die in Hoch- und Mittelwäldungen mit Eichen bestandene Fläche der badischen Wäldungen nicht mehr als etwa 6% der Gesamtbestockung oder etwa 37 000 ha ausmacht, so ergab sich für die Schweinehaltende Bevölkerung doch eine sehr willkommene Gelegenheit zum Sammeln und Verwerten dieses Naturgeschenkes. Die Waldbesitzer ließen es denn auch an dem gebotenen Entgegenkommen nicht fehlen, indem die forstpolizeilichen Beschränkungen bei Gestattung dieser Nutzung auf ein Mindestmaß festgesetzt wurden und die Gewinnung meist unentgeltlich erfolgte. Von der Erlaubnis des Sammelns wurde vom Spätjahr bis zum Frühjahr reichlich Gebrauch gemacht. Nach den angestellten Schätzungen und Feststellung einzelner Sammelergebnisse kann die Menge der gesammelten Eicheln auf 200 000 Zentnern veranschlagt werden, was schätzungsweise bei Unterstellung einer Sammelfläche von beiläufig 4000 ha mit je 100 Mastbäumen auf 1 ha für einen solchen Baum eine gesammelte Menge von $\frac{1}{2}$ Zentner ergibt. Weitauß die größte Menge dieser Eicheln fand als Schweinefutter Verwendung, ein Teil diente auch der Bereitung von Eichelkaffee, wofür jetzt recht erhebliche Kriegsgewinne gemacht werden sollen! Vielfach fanden die schulpflichtigen Kinder beim Sammeln Beschäftigung und Verdienst, zumal auch die Schulbehörden sich dabei behilflich zeigten.

Noch sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß die Schonzeit für Rehwild und Hasen, die eben erst vor Kriegsausbruch durch eine Novelle zum Jagdgesetz verlängert worden war, auf Gutheißung der

Forstbehörde zur Verhütung von größeren Wildschäden für Kriegsdauer wieder verkürzt wurde. Auch wird von der jagdgesetzlichen Befugnis, bei übermäßigem Wildstand einen außerordentlichen Wildabschuß anzuordnen, namentlich in den überhegten Gebieten des Rheintales, wo in größerer Zahl auch Ausländer Jagden gepachtet haben, ausgiebig Gebrauch gemacht, wobei die Begutachtung über das Maß des Abschusses den Forstämtern zufällt.

Trotz der reichlichen Eichenerte sprießten im Frühjahr 1915 von dem massenhaften Samenabfall auch zur Beruhigung ängstlicher forstlicher Gemüter die Eichenaußschläge fast überall zahlreich hervor, wenn nur einigermaßen genügend Licht auf das Keimbett einfallen konnte, und es will scheinen, daß der nicht selten auftretende Mehltau die Entwicklung der Jungwüchse nur wenig beeinträchtigt. Je freier die Besamungsstellen lagen, desto mehr erstarbte und verholzte der Aufschlag. Im laufenden Winter gilt es nun, soweit erforderlich, etwas zu lichten, wobei indessen die noch wenig entwickelten Sämlinge mit Vorsicht zu behandeln sein dürften. Der Vornahme der Richtungen stehen nun allerdings die Kriegsverhältnisse bis zu einem gewissen Grade hemmend entgegen, da bekanntlich die Preise des Eichenhandelsholzes schon in dem dem Kriegsausbruch vorausgegangenen Jahre eine rückläufige Bewegung aufgewiesen hatten und derzeit die Nachfrage nach diesem Sortiment die denkbar ungünstigste ist. Diese Erscheinung ist nicht bloß darauf zurückzuführen, daß der heimische Markt fast keine Aufnahmefähigkeit besitzt, sondern ganz wesentlich auch auf den weiteren Umstand, daß der nicht geringe Bedarf der Militärverwaltung an Eichenhölzern in den eroberten Gebieten selbst gedeckt werden kann, aus denen noch beträchtliche überschüssige Mengen der Heimat zugeführt wurden.

Bei dieser durch den Krieg geschaffenen Lage hat die Verwaltung angeordnet, daß durch Auslichtung zu dunkler Orte in angemessenem Umfange Bedacht zu nehmen sei, wenn dies auch da und dort ein Abweichen von den Vorschriften der Hiebspläne erheische. Um eine Zerspaltung dieser Hiebe zu vermeiden, sollen diese Richtungen zunächst nur in den Abteilungen vorgenommen werden, die bereits in Verjüngung liegen oder in denen nach dem Einrichtungswerk mit der Verjüngung zu beginnen ist, in zweiter Linie erst in solchen Beständen, die nach Ablauf der Einrichtungsperiode voraussichtlich zur Verjüngung herangezogen werden. Dabei sollen vor allem die Eichenorte der I. und II. Standortsklasse, die die Erziehung wertvoller Nuthölzer innerhalb nicht zu langer Zeit versprechen, wirtschaftlich begünstigt werden. — Was das Maß der Ausnutzung der Besamungsflächen betrifft, so soll diesen unter sonst

gleichen Verhältnissen (Bonität) entsprechend dem Wirtschaftsziele in größeren Waldungen auch eine verhältnismäßig größere Ausdehnung gegeben werden als in den kleineren. — In Mittelwaldungen wurde es im allgemeinen für genügend erachtet, außer einzelnen Nachhieben in den jüngsten Schlägen, die ohne zu große Opfer für den Nachwuchs geführt werden können, vornehmlich im neuen Hiebsschlag an gut besamten Stellen das Oberholz zu lichten. — In Anbetracht des schwierigen Abfages an Eichenrugholz soll man sich in Mißbeständen — und die Eiche kommt meist in solchen vor — tunlichst auf die Wegnahme der den Rugholzeichen benachbarten Stämme beschränken, die leichter verkäufliches Rugholz und Brennholz liefern.

Das Kapitel über die Eiche des Hoch- und Mittelwalbes und deren Verjüngung wurde eingehender behandelt, weil dies für uns der hervorstechendste waldbauliche Vorgang in der Kriegszeit sein dürfte, aber auch hingesehen darauf, daß die Nachzucht dieser technisch wertvollen Holzart nach neueren Ertrags- und forststatistischen Forschungen selbst vom rein privatwirtschaftlichen Standpunkte bis zu einem gewissen Grade begründet erscheint. Darum sollte es auch keine größere Forstverwaltung versäumen, nach einigen Jahren, wenn das Gedeihen dieser Eichenjüngwüchse dauernden Erfolg verspricht, deren Entstehung bestandesgeschichtlich festzulegen, damit dereinst auch unsere Nachkommen sich noch daran erinnern, daß diese Bestände in der eisernen Zeit des großen Weltkrieges entstanden sind und*damals noch ungezählte, für ihre Verjüngung nicht benötigte Eichen der von unserem britischen Feinde schwer bedrohten Ernährung des deutschen Volkes gedient haben!

Wir sind damit bei den Holznutzungen und der Holzverwertung im allgemeinen angelangt, nachdem das besondere der Eiche bereits vorweggenommen ist. Bei Beginn des Krieges war in den Domänenwaldungen, wie gewöhnlich, bereits zwei Drittel der laufenden Jahresnutzung gehauen und verwertet, und es gelang bis Jahreschluß, die voranschlagsmäßige Einnahme zu erzielen, indem der Rugholzeinschlag auf Kosten der Brennholzhiebe etwas verstärkt wurde. Dies bestätigt das schon eingangs Gesagte, daß der Nutzungsbetrieb im ganzen bis zum Schluß des Jahres 1914 durch den Krieg noch wenig beeinflusst wurde, wenn auch in einzelnen Bezirken bereits erheblichere Störungen vorliefen. Noch rechnete man auch im Wirtschaftsleben auf keine nicht allzulange Dauer des Krieges, und der Holzverkauf zeigte für die meisten Rugholzsortimente nur mehr die Merkmale eines flauen Geschäftsganges mit durch den Pferdemangel gedrückten Preisen, während der

Brennholzmarkt, das schon genannte Pforzheimer Industriegebiet ausgenommen, guten Verlauf zeigte.

Eine plötzliche scharfe Aufwärtsbewegung des Preises trat, durch Kriegsbedarf veranlaßt, beim Eichennußholz ein, dessen Einschlag, der erheblich gesteigerten Nachfrage entsprechend, durch angemessene Hiebsplanänderungen nach Tunlichkeit verstärkt wurde. Die Eichenpreise gingen so, obgleich sie schon in den vorangegangenen Friedensjahren infolge des gewaltig zunehmenden Eksporates und der Entwicklung der Autoindustrie namhaft gestiegen waren, weiter um 30—40% in die Höhe und haben nunmehr im zweiten Kriegswinter eine nochmalige Steigerung um 10—20% erfahren. Auch für Erlen-, Pappeln- und Weidennußhölzer stieg die Nachfrage, die bei diesen Holzarten Preissteigerungen um 10—20% zeitigte. Gleichwohl darf das finanzielle Ergebnis aus dem vermehrten Einschlag der genannten Weichholzarten nicht überschätzt werden, da diese zusammen nicht mehr als etwa 15% der gesamten Waldbestockung einnehmen und nur der kleinere Teil ihres Ertrages dem Nußholz zufällt. Immerhin haben Hiebsplanverstärkungen besonders einzelnen Gemeinden erhebliche unerwartete Einnahmen gebracht.

Die größte Einwirkung auf die Lage des Holzmarktes aber ergab sich für die Eichenschälrinde, die bekanntlich nur noch wenig begehrt war, da die Gerbereien ihren Bedarf an den verschiedenen Gerbstoffen größtenteils im Auslande deckten, dessen Zufuhr nun fast über Nacht abgeschnitten war. Zwar lagerten bei Kriegsausbruch noch große Leder- und Gerbstoffvorräte in den Lederfabriken, aber der gewaltige Lederbedarf der Millionenheere hat die Nachfrage nach lothgegerbtem Leder so erheblich gesteigert, daß nun auch der seit langem schwer darniederliegende Eichenschälwaldbetrieb wieder zu Ehren kam und, was für die Schälwaldbesitzer viel wichtiger war, diesen plötzlich auch wieder eine namhafte Rente einbrachte. Während in den letzten Jahren vor dem Kriege in den sämtlichen staatlich beförsterten Waldungen mit Mühe nur noch etwa 4000 Zentner Eichenrinde abgesetzt werden konnten, beläuft sich die im Frühjahr 1915 verkaufte Menge auf beiläufig 64000 Zentner, also das 16fache der seitherigen Nutzung. Ungleich bedeutamerer für die Kasse des Waldbesizers aber gestaltete sich die Preisbildung für die Rinde, die in den letzten 10 Jahren einen solchen Tiefstand angenommen hatte, daß nach Abzug des Schälerlohnes nur noch ein kleiner Übererlös verblieb. Der Preis von seither 2,60—2,80 *M* für den Zentner stieg auf 9,00—10,00 *M* oder um durchschnittlich 350%, und der Reinerlös für den Zentner kann in Berücksichtigung des Umstandes, daß der Schälerlohn sich bis auf etwa 2,50 *M* erhöhte, auf durchschnittlich 7,50 *M*

veranschlagt werden. Nach den angestellten Erhebungen wurden im Lande 118 000 Zentner (in Privatwaldungen beiläufig 55 000 Zentner) verkauft. Es kann hiernach der aus Eichenrinde erzielte Reinerlös für alle Waldbesitzer auf rund 900 000 *M* veranschlagt werden. Außer in den reinen Schälwaldungen, die derzeit noch eine Bestockung von 20 600 ha einnehmen — rund 4% der Waldfläche — wurde vereinzelt auch in bereits dem Hochwalde zugeführten Beständen geschält. Es mögen beiläufig 1700 ha reine Niederwalbflächen geschält worden sein, was einem Zwölftel ihrer Gesamtfläche entspricht. Vielfach nötigte Arbeitermangel zur Hiebsbeschränkung, wenn auch schon Kriegsgefangene, namentlich in Privatwaldungen, in größerer Zahl bei diesem Geschäfte verwendet wurden. Mancher Hofgutsbesitzer des Renth-, Ringig-, Schutter- und Achertales mit seinen ausgedehnten Schälböschchen ist durch diese Zügung des Krieges wieder aus seiner finanziellen Bedrängnis gehoben worden. Es wird einleuchten, daß man bei dieser neuen Sachlage auch in den beförsterten Waldungen von einer Einhaltung der unter anderen Voraussetzungen aufgestellten Betriebspläne alsbald Umgang nahm und auch solche Flächen, die bereits unter stiller Resignation des Waldbesitzers durch langjährigen Verzicht auf eine Nutzung zur Umwandlung in Hochwald bestimmt waren, nun gerne, wenn vielleicht auch nicht mit dauernder Wirkung, der ursprünglichen Bestimmung wieder zuführte. Dabei erhebt sich aber gewiß für jeden die Frage, ob nicht nach wiedererlangtem Frieden und bei der unvermeidlichen Neugestaltung unserer Wirtschaftspolitik der dem Schälwalde seither versagte Schutz zu gewähren sein wird!

Aber auch nach Fichtenrinde war die Nachfrage gestiegen. Aus diesem Grunde wurden die Hiebe in Fichtenbeständen nach Tunlichkeit in die das Schälen ermöglichende Saftzeit verlegt. Bekanntlich ist aber der Arbeitsprozeß bei der Zubereitung von Fichtengerbrinde kein so einfacher und wegen des Trocknens der Rinde unter Umständen ein langwieriger. Diesem Umstande und dem herrschenden Beamten- und Arbeitermangel ist es vornehmlich zuzuschreiben, daß im ganzen nur etwa 35 000 Zentner zum Verkauf gelangten, wofür bei den zwischen 4,00 und 7,00 *M* für den Zentner erzielten Preisen ein Gesamterlös von etwa 200 000 *M* erreicht worden sein dürfte.

Die Aussichten für den Absatz von Gerbrinden im neuen Wirtschaftsjahr kann man bei der jetzigen Kriegslage wohl als recht günstig bezeichnen, da fortgesetzt ein großer Armeebedarf besteht und die Vorräte sich wohl vermindert haben dürften. Mancherlei Anzeichen bestätigen diese Vermutung, so namentlich die in diesem Spätjahr auf-

getauchte Nachfrage nach Eichen- und Kastanienschichtholz, deren Gerbstoffgehalt durch neue chemische Methoden zu Extrakt gewonnen wird. Auch liest man bereits von einzelnen recht günstigen neuen Eichenrindenverkäufen. Der Gewinnung der in großen Mengen meist wertlos im Walde verbleibenden Fichtenrinde eröffnet sich vielleicht noch eine schöne Zukunft, wenn das von dem Ingenieur Gütschow in Eberbach erfundene Schäl- und Trocknungsverfahren rationell ausgestaltet wird. Man denke nur an das viele Fichtenpapierholz, auf dessen Schälung im Walde bei diesem Verfahren vielleicht verzichtet werden kann.

Beigefügt sei hier noch, daß die im Sommer 1914 wegen Wiedereinführung der Harznutzung mit der betreffenden Kriegsausfuhrstelle eingeleiteten Verhandlungen vorläufig zu einem Ergebnis nicht geführt haben.

Wenden wir uns von diesen Spezialsortimenten der Lage des Hauptnuzholzmarktes, des Nadelangholzes, zu. Für dieses verminderte sich mit zunehmender Kriegsdauer die Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes, besonders auch für das Bauholz, das die Füllmasse bildet, in steigendem Maße, und die weitere Steigerung des Arbeiter- und Pferdemangels wirkten, besonders in den eisenbahnlosen Gegenden des südlichen Schwarzwaldes, verschärfend in der Richtung einer geminderten Absatzmöglichkeit ein, wozu in den südlichen Landesteilen noch der Nachteil der Grenzsperrre nach der benachbarten Schweiz hinzutrat, die ohnehies durch den Krieg wirtschaftlich stark in Mitleidenschaft gezogen ist. Indessen hat sich nach dem stillen Sommer 1914 gegen das Späthjahr hin für die Bedürfnisse des Stellungskrieges an der Westfront im zweiten Kriegswinter eine ziemlich lebhaftere Nachfrage nach Nadelangholz, insbesondere nach Starkholz geltend gemacht, wofür gerne erhöhte Preise bezahlt werden, sofern nur die Möglichkeit baldigen Einschlags und der Befuhr zur Bahn gegeben ist. Die badische Forstverwaltung ist in der glücklichen Lage, diesem dringenden Heeresbedarf an Starkholz zu entsprechen und damit auch der Erfüllung einer vaterländischen Aufgabe gerecht zu werden. Wird in dieser Hinsicht, d. h. in der Festlegung des Wirtschaftsziels, nicht auch der Krieg in seinen Folgewirkungen zu einem Lehrmeister für die deutschen Forstverwaltungen werden?

Auch die Vorräte an Papierholz, das von der größten badischen Fabrik seither ausschließlich vom Auslande bezogen wurde, scheinen zur Reize zu gehen, weshalb für 1916 mit Hiebsverstärkungen für dieses Sortiment bei steigenden Preisen gerechnet werden kann. Da das Gleiche für das Grubenholz zutrifft und für Schwellenholz wenigstens einige Nachfrage besteht, namentlich aber der Brennholzmarkt sich

überall günstig gestalten wird, zumal die ländliche Bevölkerung kaufkräftig ist, so kann man in Hinblick auf Absatzmöglichkeit mit Vertrauen dem neuen Jahre entgegen gehen. Der schwache Punkt liegt in dem bestehenden Arbeiter- und Pferdemangel. Nach einer Erhebung im September 1914 verfügte die Staatsforstverwaltung noch über die Hälfte der normalen Arbeiterzahl, die sich inzwischen auch qualitativ wieder vermindert hat. Für das jetzt abgelaufene Wirtschaftsjahr ist der Hiebsvoranschlag etwa zu zwei Dritteln erfüllt worden, gewiß eine anerkennenswerte auch von der Volksvertretung gewürdigte Leistung, wenn man bedenkt, daß der Betrieb mit der Hälfte der Beamten und Arbeiter geführt werden muß.

Um den Kriegsteilnehmern und den etwa sonst durch den Krieg in eine Notlage geratenen Holzkäufern die Erfüllung ihrer Zahlungsverbindlichkeiten zu erleichtern, wurde angeordnet, daß ihre Holzgeldschuldsigkeiten unverzinslich im Ausstand belassen werden. Auch Pächtern, von Jagden, die aus militärischen Gründen in der Ausübung der Jagd verhindert sind, werden ähnliche Erleichterungen gewährt.

Zur Abschwächung der Folgen des Arbeitermangels wurde angeordnet, daß wenigstens die Brennholzhiebe nur mehr in stärkerem Holze geführt und die einen höheren Arbeitsaufwand verursachenden Hiebe in jüngeren Beständen ausnahmsweise zurückgestellt werden und im Interesse der Holzkäufer und der günstigeren Gestaltung des Holzverkaufs die Weisung gegeben, daß die Hiebe, zumal im Hügelland, soviel als möglich nur an Orte mit guten Abfuhrwegen und nicht zu weit von den Verbrauchsstellen entfernt gelegt werden, damit insbesondere auch die zahlreichern der ländlichen Bevölkerung angehörigen Holzkäufer sich noch mehr als sonst bei der Holzabfuhr des Ruhfuhrwerks bedienen können.

Mit der Beschäftigung von Kriegsgefangenen in Staatswaldungen wurde im Frühjahr beim Mindenschälen der Anfang gemacht. Zur Zeit sind in 13 Forstbezirken (von 78) 260 Russen verwendet. Wenn deren Leistungen auch nicht allorts befriedigen und ihre Verpflegung durch die Forstverwaltung da und dort auf Schwierigkeiten stößt, so wird es, um das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot des Holzes aufrecht zu erhalten, doch nötig werden, die Zahl der Gefangenearbeiter zu vermehren und sie namentlich noch auf eine größere Zahl von Bezirken auszu dehnen. Die Heeresverwaltung übernimmt keinerlei Haftbarkeit für den durch Kriegsgefangene verursachten Personen- oder Sachschaden, weshalb die Forstverwaltung gegen etwaige Ansprüche Dritter eine Haftpflichtversicherung eingegangen hat, die mit Rücksicht auf das immerhin nicht

große Risiko der Versicherungsgeellschaft nicht teuer zu stehen kommt. Man glaubte eine solche Versicherung abschließen zu sollen, weil die meisten dieser Gefangenearbeiter in der Walдарbeit unerfahren sind und es aus diesem Grunde, zumal in Gebirgswaldungen, vorkommen kann, daß ein in ihrer Nähe arbeitender einheimischer Holzhauer oder ein Wachhabender eine Beschädigung durch einen Gefangenen erleidet, die unter gelernten Holzhauern vielleicht vermieden worden wäre. Gegen aus solcher Ursache etwa gegen den Arbeitgeber entstehende Schadenersatzforderungen soll die Haftpflichtversicherung dienen.

Außer der Vermehrung der Gefangenearbeiter wird auch die Beschaffung von Pferden und Fuhrleuten im Benehmen mit der Militärverwaltung eine Aufgabe der nächsten Zeit sein.

Und nun noch ein Wort zur Fürsorge der Beamten, Bediensteten und ständigen Walдарbeiter. Zur Anwendung des Reichsmilitärgesetzes von 1874 und der dazu ergangenen badischen landesherrlichen Verordnung von 1889 wird den einberufenen Beamten und Bediensteten, wenn letztere bereits ein Jahr gegen Entgelt angestellt sind, das Einkommen belassen, für die Offiziere jedoch mit der Maßgabe, daß ihnen $\frac{7}{10}$ des Betrags der Offiziersbesoldung auf das Zivildienst-einkommen angerechnet wird, bei Beamten mit eigenem Hausstand jedoch nur insoweit, als ihr Zivildienst-einkommen und $\frac{7}{10}$ der Kriegsbesoldung zusammen den Betrag von jährlich 3600 M übersteigen. Die Angehörigen der im Dienst des Forstärars beschäftigten zum Kriegsdienst einberufenen verheirateten ständigen Arbeiter, als welche diejenigen gelten, die mindestens 120 Tage im Jahre beschäftigt sind, erhalten neben der etwaigen Unterstützung aus Reichsmitteln nach Maßgabe ihres wirklichen Arbeitsverdienstes Beihilfen und zwar die Ehefrau 25%, für jedes Kind eines verheirateten Arbeiters bis zum zurückgelegten 15. Lebensjahre 15%, für jedes Kind eines verwitweten oder geschiedenen Arbeiters $7\frac{1}{2}\%$, welche Sätze späterhin noch etwas erhöht wurden. Die Gesamtheilfö für eine Familie darf 50% des Lohnes nicht übersteigen. Ähnliche Unterstützungen werden den im Vertragsverhältnis stehenden Bediensteten gewährt, die bei ihrer Einberufung noch weniger als ein Jahr gegen Entgelt beschäftigt sind. Außerdem wird den ständigen Arbeitern für die ersten 14 Tage ihrer Einberufung der volle Lohn ausbezahlt. Daneben werden aber auch nicht verheirateten Kriegsteilnehmern und einzelnen weniger als 120 Tage beschäftigten Arbeitern angemessene Unterstützungen gewährt, wenn die dürftige Lage ihrer Familienangehörigen nachgewiesen wird.

Mit Rücksicht auf die durch den Krieg eingetretene Teuerung der Lebenshaltung wurden mit Wirkung vom Juni 1915 für diejenigen

verheirateten Beamten, Bediensteten und ständigen Arbeiter, die Kinder haben und deren monatliches Dienst Einkommen weniger als 130 *M* beträgt, Teuerungszulagen gewährt, deren Sätze nach der Kinderzahl und dem Dienst- und Beschäftigungsart bemessen werden und sich in monatlichen Grenzen zwischen 3 *M* und 12 *M* für die Familie bewegen. Die obige Zulagegrenze wurde mit Wirkung vom November 1915 auf diejenigen Familien ausgedehnt, deren monatliches Einkommen nicht mehr als 170 *M* beträgt; außerdem wurde die Zulage für Familien mit mehr als 3 Kindern noch etwas erhöht. Walдарbeiter mit weniger als 15 Arbeitstagen monatlich erhalten keine Teuerungszulagen.

Damit ist das eingangs bezeichnete Programm im Wesentlichen erledigt.

Diese Blätter seien vor Allem unseren in der Front stehenden Helden der grünen Farbe und den vielen sonst unter den Waffen Befindlichen als Weihnachtsgabe des Jahres 1915 gewidmet, damit diese, wenn sie wieder zu den friedlichen heimischen Penaten zurückgekehrt sein werden, sich ohne viele Mühe ein Bild davon machen können, was während ihres langen Kriegsdienstes in unserem Walde vorgegangen ist und wie die Daheimgebliebenen in stiller Arbeit sich der Kriegslage angepasst haben.

Möchte es alsdann uns Allen vergönnt sein, die forstlichen Betriebe wieder in die früheren geordneten Bahnen zurückzulenken, und möchte für unseren Wald dann nicht wieder eine Zeit wie nach den Napoleonischen Kriegen folgen, wo der Wald zur Tilgung der Kriegsschulden gewaltig bluten mußte. Das dürfte heute, wo das deutsche Volk neben dem Waldvermögen über viele andere und viel bedeutendere Vermögens- und Einkommensquellen verfügt, nicht mehr der richtige Weg sein, wenn schon auch seine Beanspruchung in gewissen Grenzen damit nicht beabreht werden will. Aber was bedeutet heute die deutsche Waldrente von höchstens jährlich einer halben Milliarde und der im Nachhaltbetrieb mehr oder weniger gebundene Waldwert von 25 bis 30 Milliarden gegenüber den Kapital- und Zinsenerfordernissen, mit denen wir nach dem Kriege zu rechnen haben werden. Möchte deshalb dem deutschen Volke der Wald nach Tunlichkeit auch als jener köstliche Besitz erhalten bleiben, aus dem es nach wiedererlangtem Frieden zu vermehrter, treuer Arbeitsleistung erhöhte Kraft schöpfen kann. Dazu wird es aber selbst auch etwas beitragen können, wenn in allen Schichten der Bevölkerung wieder eine einfachere Lebenshaltung Platz greift. Durch solch größere Sparsamkeit werden sich dann manche Erhöhungen des reinen Einkommens und Kapitalsbildungen ergeben, die

die genannten Wertschiffern des Waldes bei weitem übersteigen. Würden doch, um dies zum Schluß noch mit einem Beispiel zu belegen, die 6 Millionen Raucher, wenn jeder von ihnen seinen täglichen Verbrauch um eine Zigarre und dazu noch um ein Glas Bier einschränkte, zusammen eine Summe jährlich sparen, die der Jahresrente unserer Waldungen nahezu gleichkommt!

Karlsruhe, Weihnachten 1915.

Die forstwirtschaftliche Bodenbenutzung Bayerns im Jahre 1913.

Aus dem Forsteinrichtungsreferate der K. B. Ministerial-Forstabteilung.

In den Hefen 10 und 11 des Jahrgangs 1915 dieser Zeitschrift bespricht Herr Universitätsprofessor Dr. Endres die Veröffentlichung des Bayer. statistischen Landesamtes über die land- und forstwirtschaftlichen Erhebungen vom Jahre 1913. Er kritisiert einleitend die Organisation dieser Erhebungen und bedauert, daß die Ergebnisse nur auf Schätzung beruhen und daher nur als Näherungswerte anzusehen seien. Diese Angelegenheit hat zwar nicht die Bayerische Staatsforstverwaltung zu vertreten, denn die Anordnungen für die Erhebungen gingen bekanntlich von anderer Stelle aus. Es muß aber doch darauf aufmerksam gemacht werden, daß für die Hälfte der bayerischen Waldungen, nämlich die Staats-, Gemeinde- und Stiftungswaldungen die Angaben vollständig verlässlich sind, für die andere Hälfte aber, die Privatwaldungen, etwas anderes als Schätzung überhaupt nicht in Frage kommen kann. Wenn auch für diese Waldungen gleich verlässige Ziffern verlangt würden, so müßten ins einzelne gehende Aufnahmen und Vermessungen gewaltigen Umfangs vorgenommen werden, für die es an dem erforderlichen Personal fehlt, selbst wenn das nötige Geld zur Verfügung stünde.

Bei dieser Besprechung glaubt Herr Professor Dr. Endres auch an der Bayerischen Staatsforstverwaltung Kritik üben zu sollen. Nach seiner Erklärung in Heft 12 soll damit allerdings nur beabsichtigt gewesen sein, aus sachlichen Gründen auf die Verhältnisse hinzuweisen, die seiner Ansicht nach einer Beachtung und Änderung bedürften. Mit dieser nachträglichen Entschuldigung steht aber in Widerspruch der Ton, in dem die Bemängelungen geltend gemacht wurden. Nachdem die Abhandlung in einer forstwissenschaftlichen Zeitschrift erschienen ist, muß eine solche Schreibweise mit allem Nachdruck auch öffentlich zurückgewiesen werden. Zudem sind die vorgebrachten Beanstandungen sachlich nicht richtig.